

Berufstätige unterschätzen ihre Rentenlücke

Wirtschaftsweiser Rürup: "Nur länger arbeiten und mehr sparen hilft" - Kritik an Verunsicherung

Die heute Erwerbstätigen, insbesondere die Geburtsjahrgänge ab etwa 1955, müssen sich auf ein stärker sinkendes Niveau der gesetzlichen Rente einstellen, als ein Großteil von ihnen annehme. Die Lücke bei der gesetzlichen Rente sei daher "nur durch mehr Sparen und längere Lebensarbeitszeit zu kompensieren", sagte Bert Rürup, Ökonomeprofessor in Darmstadt, auf einer Tagung zur betrieblichen Altersversorgung.

Aus Sicht von Rürups Kollegen Axel Börsch-Supan ist die Verunsicherung der Bürger derzeit sehr groß. Das behindere den Aufbau der zweiten und dritten Rentensäule, also betrieblicher und privater Altersvorsorge.

Laut dem "Wirtschaftsweisen" Rürup sinkt das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent wegen bereits beschlossener Sparmaßnahmen bis zum Jahr 2030 auf 42 Prozent. Aufgrund weiterer derzeit geplanter Einschnitte falle das Niveau bis 2030 sogar noch tiefer auf voraussichtlich 39 Prozent. Rürup bezog sich dabei auf das so genannte Bruttorentenniveau, das die Höhe der Rente am Bruttodurchschnittsverdienst jeweils vor Steuern und Sozialabgaben misst. Wer durchschnittlich 3000 Euro brutto verdient, erhalte 2030 also weniger als 1200 Euro gesetzliche Rente, auf die dann noch Steuern und Sozialabgaben zu zahlen sind. Ab 2005 sollen Renten besteuert werden.

Ursache des neuerlich sinkenden Rentenniveaus ist der Nachhaltigkeitsfaktor, den der Bundestag mit dem Renten-Nachhaltigkeitsgesetz morgen verabschieden will. Der Faktor bewirkt, dass die Rentenanstieg umso geringer ausfällt, je mehr Beitragszahler für einen Rentner aufkommen. Laut Rürup, Mitglied des Wirtschafts-Sachverständigenrats, ist das Gesetz richtig, um den Anstieg der Rentenbeiträge zu begrenzen. Als falschen Weg bezeichnete er hingegen das aus der SPD und gestern wieder von DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer geforderte langfristige Mindestrentenniveau von 46 Prozent. 2030 würde der Rentenbeitrag dann bei 24 Prozent oder das Renteneintrittsalter bei 70 Jahren liegen: "Dann brauchen wir die jetzt anstehende Reform gar nicht zu machen."

Entwarnung gab Rürup beim Thema höhere Besteuerung infolge des Alterseinkünftegesetzes, das Anfang April durch den Bundestag soll. Anders als in der Öffentlichkeit gelegentlich dargestellt, ändere sich an der Besteuerung von Betriebsrenten nichts. Mit dem Gesetz setzt die Bundesregierung ein Verfassungsgerichtsurteil um, wonach ab 2005 Renten nach und nach voll zu besteuern sind. Dafür wird die Altersvorsorge steuerfrei gestellt. Derzeit zahlen zwei Millionen "reiche" Rentner aufgrund hoher Nebeneinkünfte Steuern, 2005 werden es 3,3 Millionen sein. Rürup: "Der Durchschnittsrentner zahlt weiterhin keine Steuern".

Laut Axel Börsch-Supan, Leiter des Instituts für Altersökonomie in Mannheim, tapen viele Bürger beim Thema Altersvorsorge völlig im Dunkeln. Verunsichert durch die Rentendebatten und -änderungen der letzten Jahre, hielten sie sich beim Alterssparen sogar zurück, statt mehr vorzusorgen. Der Unterschied zwischen Aktien und festverzinslichen Wertpapieren sei mehr als der Hälfte der Bevölkerung nicht

bekannt. Der Informationsstand sei gering, der Staat arbeite nach Börsch-Supans Worten sogar kontraproduktiv: Die bisherigen Renteninformationen der Versicherungsträger VDR und BfA seien "irreführend", wenn sie hohe nominale Beträge suggerierten, ohne die Inflation zu berücksichtigen. Anders als in Dänemark gebe es in Deutschland aus datenschutzrechtlichen Gründen keine individuelle Gesamtübersicht für gesetzliche und betriebliche Rente.

Börsch-Supan geht von einer Lohnsteigerung bis 2030 von jährlich 1,5 Prozent und einer Rentensteigerung von 1,2 Prozent aus. Zur Zukunft der Rente meinte er: "Kein Extrem stimmt. Weder fällt alles in sich zusammen, noch können wir weitermachen wie früher."

(...)

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Zeitung „Die Welt“ vom 10.03.2004.